

1920 – 2020: 100 Jahre Parlament Köniz

Jubiläumsbroschüre



Ein Jubiläumsjahr der besonderen Art

Liebe Leserinnen und Leser

100 Jahre Parlament Köniz – was für eine Zahl, was für ein Jubiläum! Wir waren uns einig: Das muss gefeiert werden. Die erste Parlamentssitzung im Januar 2020 stand ganz im Zeichen des Jubiläums. Das Parlament tagte «wie vor hundert Jahren», die Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren im Stil der 1920er-Jahre gekleidet. Wir konnten ein schönes Fest feiern, der Start ins Jubiläumsjahr war gelungen.

Danach kam vieles anders als geplant. Wir wollten in diesem Jahr mit der Bevölkerung diskutieren und politisieren. Wir planten Parlamentssitzungen in Niederscherli, Wabern und Niederwangen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten die Arbeit des Parlaments hautnah miterleben können. Stattdessen mussten wir – zum ersten Mal in 100 Jahren – eine Sitzung absagen, an externe Sitzungen war nicht zu denken. 2020 war auch für die Gemeinde Köniz und ihr Parlament ein aussergewöhnliches Jahr.

Die Könizer Politik hat sich in den letzten 100 Jahren stetig weiterentwickelt und verändert. Was konstant bleibt, ist das Engagement der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die Exekutive wird nicht geschont, wobei der Umgang stets respektvoll ist. «Nicht nur die Lust an der Debatte hat in Köniz Tradition, sondern auch der Anstand», sagt Markus Heinzer. Er hat sich vertieft mit der Geschichte unseres Parlaments befasst und zum Jubiläum einen Rückblick über die letzten 25 Jahre verfasst. Der politische Diskurs wird hochgehalten. Darauf sind wir stolz, in diesem Jahr besonders.

Wir sind gespannt, wie sich Köniz und seine Politik in den nächsten 100 Jahren weiterentwickeln. Diese Broschüre blickt zurück auf wichtige Meilensteine in der Geschichte und rückt einige aktuelle Aspekte in den Fokus. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Herzlich,

Cathrine Liechti
Parlamentspräsidentin 2020



Katja Niederhauser-Streiff
1. Vizepräsidentin 2020



Inhalt

Das Könizer Parlament 2020 4

Das U8-Parlament – Könizer Kinder an die Macht 6

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von morgen – we create Köniz! 8

Frauen im Parlament 12

Wählen und gewählt werden in Köniz 18

Ein Rückblick auf die Geschichte der letzten 25 Jahre Könizer Parlament 22

1848, **Gemeinde:** Die politische Gemeinde Köniz in ihrer heutigen Form entsteht.



Das Könizer Parlament 2020

Parlamentspräsidentin

- Cathrine Liechti, SP

1. Vizepräsidentin

- Katja Niederhauser-Streiff, EVP

2. Vizepräsidentin

- Katharina Gilgen-Studer, SVP

Stimmzählerinnen

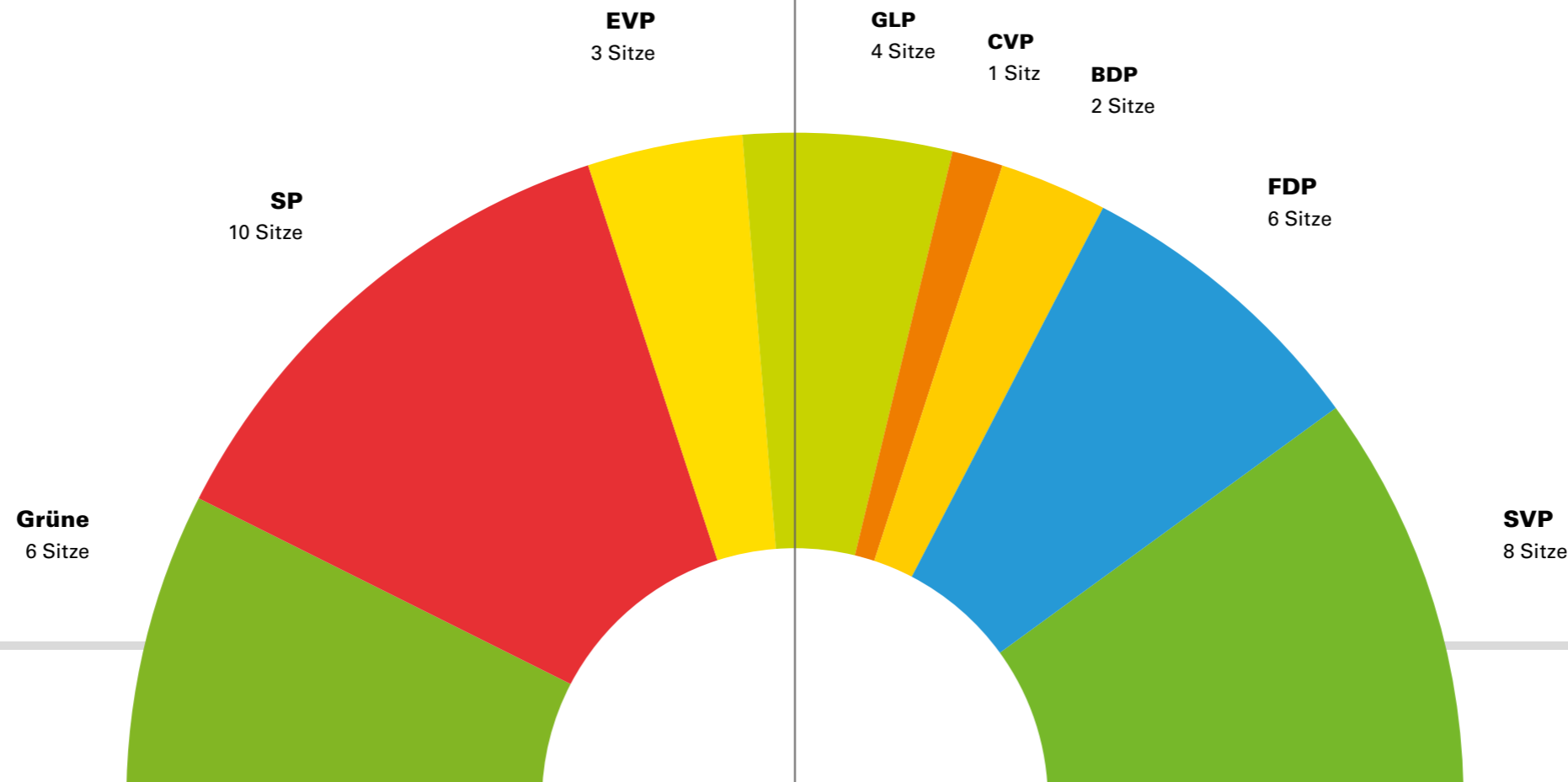
- Tatijana Rothenbühler, FDP
- Iris Widmer, Grüne

Parlament

- Franziska Adam von Däniken, SP
- Christina Aebischer Zimmermann, Grüne
- Roland Akeret, GLP
- Dominic Amacher, FDP
- Tanja Bauer, SP
- Beat Biedermann, BDP
- Markus Bremgartner, EVP
- Lucas Brönnimann, GLP
- Dominique Bühler, Grüne
- Adrian Burkhalter, SVP
- Adrian Burren, SVP

- David Burren-Herren, SVP
- Claudia Cepeda Fria, SP
- Vanda Descombes, SP
- Heidi Eberhard, FDP
- Toni Eder, CVP
- Isabelle Feller, Grüne
- Lydia Feller, SP
- Beat Haari, FDP
- Fritz Hänni, SVP
- Erica Kobel-Itten, FDP
- Andreas Lanz, BDP
- Michael Lauper, SVP

- Ruedi Lüthi, SP
- David Müller, Junge Grüne
- Matthias Müller, EVP
- Arlette Münger, SP
- Heinz Nacht, SVP
- Sandra Röthlisberger, GLP
- Christian Roth, SP
- Ronald Sonderegger, FDP
- Simon Stocker, Junge Grüne
- Casimir von Arx, GLP
- Käthi von Wartburg, SP
- Reto Zbinden, SVP



Das U8-Parlament – Könizer Kinder an die Macht!

Die Gemeinde Köniz gilt als familien- und kinderfreundlich, Parlamentsentscheide werden zum Wohle der Kinder gefällt. Aber wie sehen das die Könizer Kinder? Dieser Frage ging die Autorin mit einer Gruppe von unter 8-Jährigen nach. Die Buben und Mädchen erfuhren von ihr mehr zum Parlament und dem Gemeinderat und durften danach, in der Rolle des Parlaments, Wünsche und Ideen für die Gemeinde skizzieren.

Text: Arlette Münger, Parlamentarierin



Das Parlament bringt seine Ideen ein, der Gemeinderat führt diese aus – so brachte ich es für die U8-Jährigen auf einen einfachen Nenner. Den Kindern waren die Berufe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier wichtig: Kaminfeger, Bauer, Pflegefachfrau. Da wussten sie, woran sie waren, und es gab ihnen einen Anhaltspunkt, wen sie für brauchbar hielten und wen nicht. Nicht wenig beeindruckt waren sie auch vom Gemeinderat: vier Männer mit einer Chefin. Das gefiel.

Die Kinder schlüpfen alsdann in die Rolle der Legislative. Über eine Karte gebeugt, beschäftigen sie sich mit Köniz: Wer wohnt wo und was ist wo? Vor allem: Wo ist die Badi? Denn darüber waren sich die Kinder sofort einig: Wenn sie Parlamentarier und Parlamentarierinnen wären, würden sie als erstes vom Gemeinderat eine viel längere und schnellere Rutschbahn fordern. Jawohl. Gleich von allen fünf. Dann sollte das wohl bis nächsten Sommer zu schaffen sein!

Der Liebefeld Park. Da hat es doch einen im Parlament, der ist Bauer. Könnte der nicht seine Kühe im Park weiden lassen? Dann müsste man nicht immer so weit aufs Land hinausfahren, um Tiere zu sehen. Sowieso scheint das Konzept, den Park möglichst frei von Geräten und festen Bauten zu halten, bei den U8-Jährigen nicht unbedingt auf Verständnis zu stossen. Schon eher die Idee, dort Events zu veranstalten. Eine Mädchen- und Frauendisco war hier der Wunsch. Im Sommer müssen im Open-Air-Kino auch Kinderfilme gezeigt werden, und ein Katzenheim könnte dort auch gleich gebaut werden. So eins fehle nämlich in Köniz. Dann könnten sie mal so richtig lange in die Ferien gehen. An Ideen fehlte es den Kindern nicht.

Diese Linie da auf der Karte, aha, das Nüni-Tram. Tramfahren soll für Kinder gratis werden, kam es wie aus der Pistole geschossen. Ob sich da mal Eltern über Ticketpreise unterhalten haben? Doch weit gefehlt, nicht der Preis ist das Problem, es ist die Angst, falsch gestempelt zu haben und dann von der Polizei festgenommen zu werden. Ein- oder Zweirichtungsfahrzeuge? Etappierte Tramlinienverlängerung? Alles egal, solange auf dem Weg ins Fussballtraining nicht mehr gestempelt werden muss.

Apropos Fussball, da wäre wieder eine Aufgabe an den Gemeinderat. Der soll gefälligst dafür sorgen, dass der FC Köniz endlich so gut spiele wie YB, dann müsse man nicht immer in die Stadt fahren, um guten Fussball zu sehen. «In Köniz sind die Wege kurz», heisst es doch immer wieder so schön. Das scheint also auch ein Anliegen der U8-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier zu sein.

Die Wege respektive die Strassen beschäftigen die Kinder weiter, denn die Fussgängerstreifen sind ihnen ein Dorn im Auge. Die seien zu gefährlich. Deshalb bestellen sie beim Gemeinderat Ampeln bei allen Fussgängerstreifen. Dann sei es absolut klar, wann sie über die Strasse gehen dürfen, nämlich bei Grün. Und dort, wo es keine Fussgängerstreifen mit Ampeln hat, wird eine neue Verkehrsregel eingeführt: Kinder, die Schulrucksäcke tragen, haben Vortritt. Statt Zone 30 also Zone Schulrucksack.

Ist die Strasse mal sicher überquert, sticht den Kindern eine weitere grosse Grünfläche ins Auge: die Wiese hinauf nach Schliern. Soooo viel leerer Platz muss sofort verdichtet werden. Ein Europapark soll hier entstehen. Richtig gross und spektakulär. Damit wäre Köniz bei allen Kindern sehr beliebt, und alle Kinder möchten in Köniz wohnen, klingt es unisono aus dem U8-Parlament. Tagesschulen? Spielplätze? Alles Peanuts. Erst ein richtig fetter Europapark macht Köniz also für Kinder wirklich attraktiv.

Es muss ja nicht gleich ein Europapark sein. Doch mit dem Katzenheim könnten wir vielleicht beginnen. Und im Liebefeld Park an einem lauen Sommerabend auch mal einen Kinderfilm zeigen, warum eigentlich nicht? Sowieso täte es uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern vielleicht gut, wenn wir uns Köniz regelmässig mit Kinderaugen anschauen. Denn das Köniz von heute prägt die Erwachsenen von morgen. Und Köniz soll doch nicht nur wegen der langsamen Rutschbahn in Erinnerung bleiben, nicht wahr?

Arlette Münger, Parlamentarierin,
lebt seit ihrem dritten Lebensjahr
in der Gemeinde Köniz

1878, Gemeinde: Die Viertelsgemeinden werden aufgelöst. Die Gemeindeverwaltung wird zentralisiert und im Primarschulhaus Köniz untergebracht. Als Legislative amtiert die Einwohnergemeindeversammlung.



Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von morgen – we create Köniz!

Der Bund lockert im Juni 2020 die Corona-Massnahmen, die Könizer Schulen öffnen ihre Tore wieder, Jugendliche und Kinder treffen sich wieder in den verschiedenen Jugendtreffs. Hier tauschen sie sich aus und diskutieren über mögliche Veränderungen, welche ihre Zukunft und die Gemeinde Köniz in die erwünschte Richtung lenken.

Text: Genc Qela, Zivildienstleistender Jugendarbeit Köniz juk

Es ist ein Freitagnachmittag im späten Juni, in den Räumen des Jugendtreffs Niederwangen herrscht noch Dunkelheit. Eine Jugendarbeiterin erwähnt die Ruhe vor dem Sturm und lächelt der Sonne entgegen. Später läuten die Glocken. Es ist 17 Uhr, und der Abend nimmt langsam Fahrt auf. An der Bar warten bereits die ersten Jugendlichen und tauschen sich aus. Bei den Diskussionen fällt auf: Die Jugendlichen begegnen sich auf Augenhöhe und respektieren einander.

Diskutiert wird über den Lehrplan 21. Eine Änderung, die bereits vor Corona umgesetzt wurde. Diese stösst nicht bei allen Jugendlichen auf Begeisterung. Sie beinhaltet unter anderem mehr Präsenzzeit in der Schule und weniger Hausaufgaben. Liam*, 12, findet das nicht förderlich, weil er gerne selbstständig Hausaufgaben erledigt hat und sich selbst auf den Unterricht vorbereiten konnte. Ausserdem wussten seine Eltern, welche Themen er gerade behandelt

und lernt. Er erklärt, die Selbstständigkeit sei wichtig für seine Entwicklung, und fordert, dass die Präsenzzeit heruntergeschraubt wird. Wie stellen sich die Jugendlichen das vor? Der Unterricht soll am Morgen später beginnen und nachmittags um die gleiche Uhrzeit enden. Die Jugendlichen seien geistig sowie körperlich präsenter, und dies wirke sich positiv auf ihre Leistung aus. Tobias*, 15, fügt hinzu, seine Klassenkameraden kämen teilweise von weiter entfernten Ortschaften wie beispielsweise Solothurn. Einer müsse um 5 Uhr früh aufstehen, damit er rechtzeitig zum Unterrichtsbeginn eintreffe. Andere erwachen 15 Minuten vor Unterrichtsbeginn und erreichen die Schule zu Fuss. Mobilität ist ein zentrales Thema bei den Jugendlichen aus Köniz. Tobias befürwortet das Modell aus Zürich. E-Trottinets zusätzlich zu den E-Bikes! Oft kommen sie nicht überall hin mit den E-Bikes, und sie sind schwer zu tragen. Der Wunsch nach E-Trottinets kreist schon lange in den Köpfen der Jugendlichen aus Köniz.

1903, Gemeinde: Die Elektrizität hält Einzug in Köniz.



Die Umwelt schwirrt ebenfalls in den Gedanken der Jugendlichen. Beim Einkaufen beobachtet Francesca*, 14, dass die meisten Produkte mit Plastik verpackt sind. Gelegentlich blickt sie auch auf die Herkunftsorte der Produkte, und diese sind nicht gleich um die Ecke. Bananen oder Avocado haben einen längeren Transportweg als regionale Produkte wie Erdbeeren oder Kartoffeln. Der spürbare Klimawandel hinterlässt seine Spuren durch wärmere Wetterbedingungen und Naturkatastrophen in Krisengebieten. Den Jugendlichen von Köniz ist die Umwelt ein grosses Anliegen, sie wünschen sich deshalb vermehrt recycelbare Verpackungen und regionale Produkte. Francesca appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz: «Helft uns, unsere Umwelt weniger zu belasten, indem ihr sparsam mit den vorhandenen Ressourcen umgeht und euren täglichen Konsumwahn hinterfragt!»

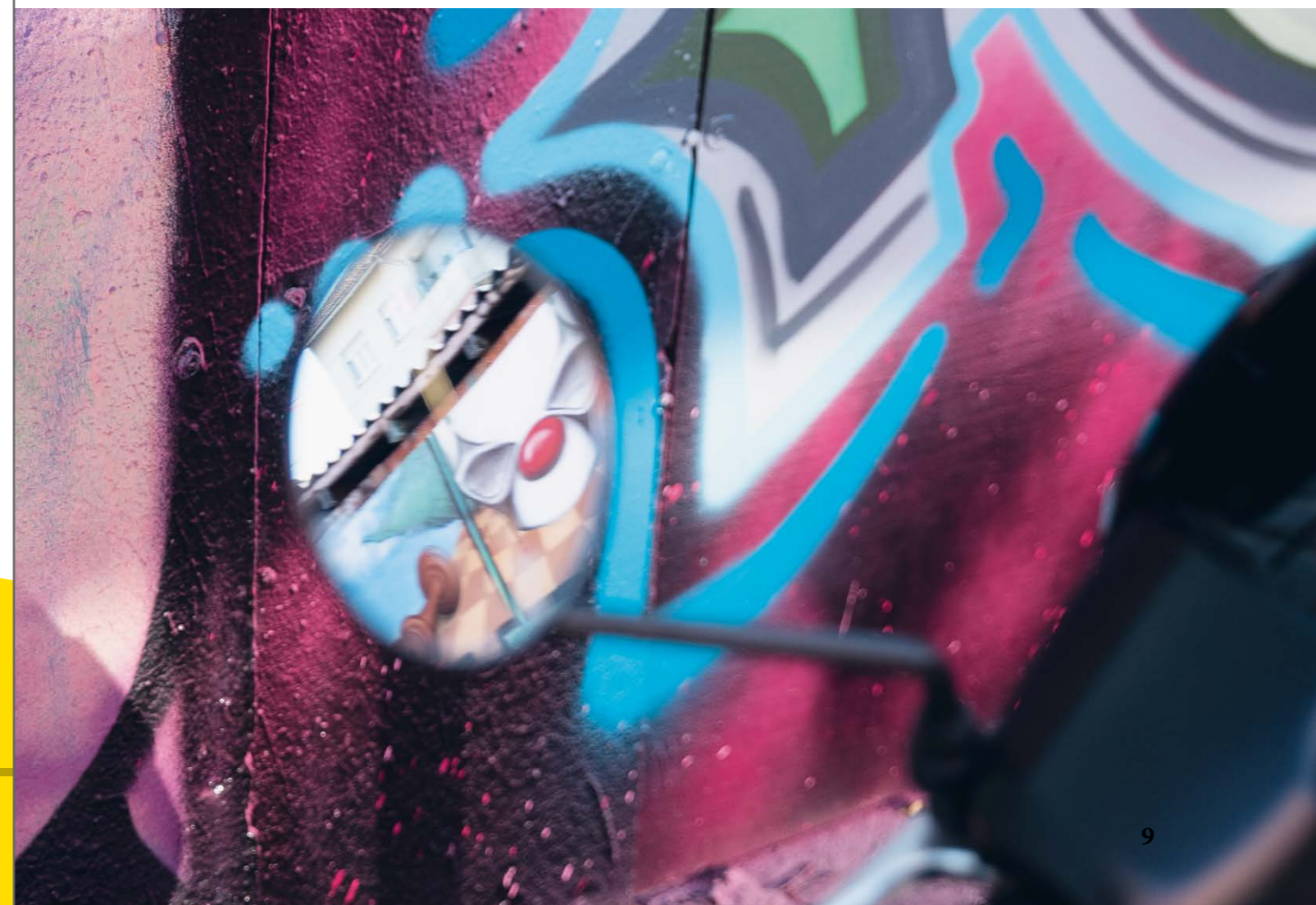
Wünsche, Ideen und Veränderungen möchten die Jugendlichen direkt in das Parlament einbringen können. Heute brauchen sie Erwachsene, damit ihre Vorschläge Gehör finden. Sie möchten aber eine eigene Stimme haben und ernst genommen werden. Eine Möglichkeit, die intensiv diskutiert wurde, wäre, in jedem Schulhaus ein Ideenbüro einzurichten. In die-

sem Büro wären die Jugendlichen selbstständig tätig und würden alle Ideen sammeln und nach eigener Prüfung direkt an das Parlament weiterleiten.

Was braucht es denn, damit die Jugendlichen politisch aktiv werden und Parlaments-sitzungen besuchen? Die Antworten sind: Zeit und Fairness. In Köniz herrscht ein breites Angebot an Freizeit-Aktivitäten, und die Jugendlichen priorisieren ihre Familie, Freunde und Hobbys vor einem politischen Engagement. Wo erhalten die Jugendlichen denn diese Zeit, welche sie momentan nicht haben? Eine mögliche Lösung wäre, eine neutrale, offene Jugendpolitik fest in die Schulbildung einzubinden. Jugendliche, die nicht aus einem politischen familiären Umfeld kommen, erhielten so eine faire Chance, sich auf politischer Ebene einzubringen. Die Jugendlichen hätten die Möglichkeit, ihrer Freizeit nachzugehen und gleichzeitig ihre Zukunft in der Schule aktiv mitzugestalten.

Genc Qela, Zivildienstleistender Jugendarbeit Köniz juk

* Alle Namen geändert



«Wo Politik auf die Jugend einwirkt, geschieht dies meist unkoordiniert und ohne stimmiges Gesamtkonzept. Politisches Agieren in Bezug auf das Leben junger Menschen soll bedarfsgerechter und kohärenter gemacht werden, um der Jugendpolitik insgesamt mehr Gewicht zu verleihen. Man sollte die Möglichkeit suchen, die verändernden Lebensbedingungen junger Menschen in den Blick zu nehmen und von diesen aus adäquate Antworten zu geben, anstatt die junge Generation mit fremdbestimmten Erwartungen zu überhäufen und auf grösstmögliche Funktionalität und Leistungsbereitschaft trimmen zu wollen.»

«Die Politik soll nicht reine Ressortpolitik oder Angebotspolitik sein, aber auch nicht Querschnittspolitik, denn da fällt sie meistens hinten runter. Dieser Zwiespalt muss überwunden werden. Die Jugend soll Akteurin sein, nicht die Jugendpolitik. Wir brauchen keinen Selbstzweck, sondern einen politischen Kompass.»

Hansjürg Hofmann, Koordination Betrieb und Projekte, Kinder- und Jugendarbeit Köniz, 2020



Frauen im Parlament

Seit fünf Jahrzehnten haben Frauen in der Gemeinde Köniz das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht und sind im Parlament vertreten. Wie haben die Frauen die Könizer Politik geprägt und ist eine geschlechtergerechte Zusammensetzung erreicht worden?

Text: Dominique Bühler, Parlamentarierin

Frauenstimm- und -wahlrecht in der Gemeinde Köniz seit 50 Jahren

So wie wir 2020 das 100-Jahr-Jubiläum feiern dürfen, wurde am 30. Januar 1970 das 50-jährige Bestehen des Grossen Gemeinderats von Köniz gefeiert. Der damalige Gemeindepräsident Urs Haudenschild hielt in seiner Eröffnungsrede zur 454. Parlamentssitzung fest, dass nicht nur das Jubiläum eine besondere Note verleihe, sondern auch, dass nach 50 Jahren Parlament erstmals Frauen Einsitz in der Legislative nehmen könnten. Ein historischer Moment für Köniz und dessen Bevölkerung.

Das Frauenstimm- und -wahlrecht, für uns heutzutage selbstverständlich und unabdingbar, konnte in den Gemeinden des Kanton Berns erst ab Februar 1968 fakultativ eingeführt werden. Im September 1968 nahmen die Könizer Männer mit einem deutlichen Mehr von 2717 Ja- zu 1147 Nein-Stimmen die Vorlage an und führten das Stimm- und Wahlrecht für Frauen per 1969 ein⁴. Die Gemeinde Köniz nahm damit eine Vorreiterrolle ein, denn auf eidgenössischer und kantonaler Ebene wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht erst 1971 eingeführt.

Aufbruch beginnt mit dem ersten Schritt

Um diesem neuen Recht zum Durchbruch zu verhelfen, organisierten sich die Könizer Frauen zügig und liessen sich an den nächsten Könizer Wahlen auf die Wahllisten setzen. Es wäre interessant zu wissen, wie die Frauen die Wahl nominierung und den Wahlkampf damals erlebt haben. Denn eines ist sicher, die Wahl der Frauen war nicht selbstverständlich.

Die Anstrengungen der Frauen hatten sich aber gelohnt, sie eroberten gleich drei Sitze in diesem bis dahin reinen Männer-Gremium. Das ist eine grossartige Leistung dieser Pionierinnen und des Könizer Stimmvolks, geschah es doch gleich in der ersten Wahl nach dem Ja zum Frauenstimm- und -wahlrecht in der Gemeinde Köniz. Im Vergleich dazu wurde erst 1979 die erste Frau aus dem Kanton Bern in den Nationalrat gewählt.



Frauen und Politik in Köniz – 2020 ein anders Bild als vor hundert Jahren.

1907, Gemeinde: Die Eisenbahnstrecke von Bern nach Schwarzenburg wird eröffnet.



«Aus dem Protokoll der ersten Parlamentssitzung 1970 geht hervor, dass die Präsenz der Rätinnen ungewohnt für die Gemeinde war. So drückte der damalige Gemeindepräsident die Hoffnung aus, dass durch die Mitarbeit der Frauen die Weisheit des Rates nicht geschmälert werde. Und er ermahnte die Ratsmitglieder, die behördliche Tätigkeit bedeute, dass Urteile und Entscheidungen immer aus der Sicht und zum Wohle des Ganzen zu erfolgen hätten und dass der Weg zum Ziel den demokratischen Gesetzmässigkeiten unterstehen müsse. Es ist nicht schwer, zwischen den Zeilen eine gewisse Angst, Verunsicherung, ja sogar Skepsis zu lesen, die das neue Zeitalter des Frauenstimm- und -wahlrechts für den damaligen Gemeindepräsidenten darstellte. Im Weiteren wurden im Protokoll die Mitglieder des Parlaments wie gewohnt als «die Herren» benannt.»

1920, Parlament: Erste Sitzung des Grossen Gemeinderats von Köniz (GGR) im Schulhaus «zu Köniz». Die Legislative besteht aus 30 Mitgliedern (18 Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, 12 Sozialdemokraten), der Gemeinderat als Exekutive aus 13 Mitgliedern. Der GGR tagt in Schulhäusern. Es kommt vor, dass eine Sitzung wegen der Ausstellung von Handarbeiten verschoben werden muss.

«Der Wunsch, die Entscheide des Parlaments im Schluss auszufechten, ist fast so alt wie der Rat selbst, vielleicht wird er zum hundertjährigen Jubiläum dann in Erfüllen gehen.»²

Die einzelnen Bezirke sind im GGR folgendermassen vertreten: Wabern 5, Köniz/Liebefeld 7, obere Gemeinde 14 und Wangental 4 Mitglieder.

Die erste Geschäftsordnung unterscheidet sich nicht wesentlich von der heutigen. Aktuell ist z.B. auch heute noch Art. 23: «Jeder Redner (...) soll sich in der Kürze befeissen und nicht von dem Verhandlungsgegenstand abschweifen. Er hat alles zu vermeiden, was die Anwesenden oder Drittpersonen verletzen könnte.»

«Die erste Sitzung wurde eröffnet durch Gemeindepräsident Gottlieb Blum, der in einem kurzen Rückblick feststellte, dass die Steuerkraft der Gemeinde von 28 Mio. Franken im Jahr 1885 auf 88 Mio. Franken im Jahr 1919 angestiegen ist. Zum Schluss wünschte er, der neue Rat möchte in treuer Zusammenarbeit das Beste für die Gemeinde zu erreichen suchen.»¹

Ab 1970 politisierten Liliane Altermatt und Marianne Frey-Fuchs für die FDP und Margrit Bamert-Bürki für die SP im Könizer Grossen Gemeinderat. Der Beruf dieser Frauen ist in den Akten, wie es für die damalige Rollenverteilung üblich war, als «Hausfrau» vermerkt. Es ist bezeichnend für diese Zeit, dass Angaben zu Berufsausbildungen oder Tätigkeiten der Frauen nicht aufgeführt wurden. Dabei handelte es sich um weitsichtige Frauen, welche die einstige Männerdomäne aufmischten und den Weg für ihr Geschlecht in die Politik ebneten.

Aus dem Protokoll der ersten Parlamentssitzung 1970 geht hervor, dass die Präsenz der Rätinnen ungewohnt für die Gemeinde war. So drückte der damalige Gemeindepräsident die Hoffnung aus, dass durch die Mitarbeit der Frauen die Weisheit des Rates nicht geschmälert werde. Und er ermahnte die Ratsmitglieder, die behördliche Tätigkeit bedeute, dass Urteile und Entscheidungen immer aus der Sicht und zum Wohle des Ganzen zu erfolgen hätten und dass der Weg zum Ziel den demokratischen Gesetzmässigkeiten unterstehen müsse. Es ist nicht schwer, zwischen den Zeilen eine gewisse Angst, Verunsicherung, ja sogar Skepsis zu lesen, die das neue Zeitalter des Frauenstimm- und -wahlrechts für den damaligen Gemeindepräsidenten darstellte. Im Weiteren wurden im Protokoll die Mitglieder des Parlaments wie gewohnt als «die Herren» benannt. Im Protokoll der zweiten Sitzung wurde das Wort «Damen» noch umständlich hinzugefügt. Danach war es klar, dass die Rätinnen ein fester Bestandteil in der Könizer Politik und der politischen Landschaft waren. Die Mitglieder wurden standardmässig mit den Worten «die Damen und Herren» aufgeführt.

Die Politik in Schüben erobern

Der Aufstieg der Frauen in der Könizer Gemeindepolitik war zügig und erfolgreich. Bereits vier Jahre nach Einführung des Wahl- und Stimmrechts für Frauen wurde Margrit Bamert-Bürki zur ersten Präsidentin des Grossen Gemeinderats und somit zur höchste Könizerin gewählt. Nur ein Jahr später wurde sie als erste Gemeinderätin gefeiert. Auch wurden immer mehr Frauen in den Grossen Gemeinderat gewählt. Ende der 1970er-Jahre wurde ein Frauenanteil von 30 Prozent erreicht, die Gewählten stammten aus sieben unterschiedlichen Parteien.



2020: Parlamentspräsidium und Parlamentsbüro zum ersten Mal in Frauenhand.

1929, Parlament: Abstimmung über die Abtrennung der Bezirke Wabern und Liebefeld von der Gemeinde Köniz und ihre Eingemeindung mit Bern. Die Vorlage wird deutlich verworfen.

«Wir glauben mit dem grössten Teil unserer Gemeindebürger einig zu gehen, wenn wir heute erklären, dass man die Gemeinde Köniz (...) nicht wie einen Teller auf den Boden schmeissen kann, um die Interessenten einzuladen, sich einzelne Scherben auszuwählen. Dieses Schicksal verdient Köniz nicht, dafür ist sie zu gut.»²

«All dies wäre nicht möglich gewesen ohne die ersten Pionierinnen und die vielen Frauen, die sich in der Könizer Politik engagiert haben.»

Diese Erfolge waren für die Gleichberechtigung wichtig, und vermehrt fanden sich Themen der Frauen auf der politischen Agenda. Es kamen mehr soziale und kulturelle Themen aufs Parkett. Eine der ersten Interpellationen, die ich mit einem leichten, aber verständnisvollen Schmunzeln im Könizer Archiv gelesen habe, zeigt auch die Sorge um öffentliche Werte. Es handelte sich um die Vermeidung von Kontakt von Schülern zu dubiosen Schriften und Pornographie in der Papiersammlung.

Leider hat die rasante Entwicklung von Frauen in der Könizer Politik über die nächsten Jahrzehnte nicht angehalten. Dieser Trend widerspiegelt sich auch in anderen Teilen der Schweiz. Das Parlamentspräsidium wurde in den letzten 50 Jahren nur 14 Mal von einer Präsidentin besetzt. Auch im Grossen Gemeinderat (heute Parlament genannt) ist die Anzahl Frauen nicht signifikant verändert. Erst ab 2010 konnte wieder ein leichter Anstieg vermerkt werden. Im Jahr 2020 machen Frauen 45 Prozent des Parlaments aus. Im Gemeinderat ist nur einer der fünf Sitze von einer Frau belegt.

Veränderung der politischen Landschaft und die nächsten 100 Jahre

Ein halbes Jahrhundert nach der ersten Wahl von drei Frauen in die Könizer Legislative steht fest, dass Frauen die politische Landschaft in Köniz prägen und Spitzenpositionen erobern. 2017 hat Köniz erneut Geschichte geschrieben und Annemarie Berlinger-Staub zur ersten Gemeindepräsidentin der Gemeinde Köniz gewählt. 2020 wurde Catherine Liechti als Parlamentspräsidentin und somit höchste Könizerin gewählt, und erstmals ist das gesamte Parlamentsbüro (Vizepräsidien und Stimmzählerinnen) in Frauenhand.

Auch kleinere Beispiele wie der Beschluss von 2004, im Geschäftsreglement eine «geschlechtsneutrale» Schreibweise zu benutzen, oder der schlussendlich abgelehnte Vorstoss von 1996, eine Geschlechterquote bei parlamentarischen Kommissionen einzuführen, zeigen, dass Frauen die Könizer Politik verändern. All dies wäre nicht möglich gewesen ohne die ersten Pionierinnen und die vielen Frauen, die sich in der Könizer Politik engagiert haben.

An dieser Stelle möchten wir diesen Frauen und Pionierinnen für ihren Einsatz für die Gleichstellung der Frauen und für die gleichberechtigte Mitwirkung an der Gestaltung der Gemeinde Köniz herzlich danken.

Trotz der vielen Fortschritte in den letzten 50 Jahren zeigt die Anzahl Frauen im Parlament und im Gemeinderat, dass noch Steigerungspotenzial vorhanden ist. Ich bin zuversichtlich, dass das sensationelle «Frauenwahljahr» 2019, in welchem der Kanton Bern erstmals mehrheitlich Frauen (54.2%) in den Nationalrat wählte, auch etwas Schwung für die nächsten Wahlen in der Gemeinde Köniz 2021 bringen wird. Ich wünsche mir für die nächsten 100 Jahre, dass der Frauenanteil in der Könizer Politik wächst und eine geschlechtergerechte Repräsentation der Bevölkerung im Parlament und im Gemeinderat erreicht wird.

Dominique Bühler, Parlamentarierin



In Zeiten vor COVID-19: Das Parlament tagt im Rossstall auf dem Schlossareal.

1934, Parlament: Erstmals tritt ein hauptamtlicher Gemeindepräsident seinen Posten an. Der Gemeinderat besteht neu aus 11 Mitgliedern, der GGR wird auf 40 Mitglieder erweitert.

«Schulhäuser, Strassen, Wasserleitungen, Abwasserkanäle u.a.m. verschlangen Unsummen und drohten öfters, den Finanzhaushalt der Gemeinde aus dem Gleichgewicht zu bringen.»¹

Die Dreissigerjahre sind für Köniz eine turbulente Zeit. Nebst zwei internen Skandalen prägt die Weltwirtschaftskrise den Alltag und die Politik. Der zweite Weltkrieg wirft seine Schatten voraus.

«Ein eindrückliches Bild der Zeit zeichnete der Gemeindepräsident Matter 1938 in seiner Rede zur Legislatureröffnung: «Es mussten Gegenmassnahmen ergriffen werden, um die hunderten von Arbeitslosen mit ihren Familien nicht der Not und dem Elend zu überantworten (...) Der geschwächte Finanzhaushalt, die Arbeitslosenfürsorge und die soziale Fürsorge werden die Behörden in der kommenden Zeit noch vor manche schwierige Aufgabe stellen.»

Wählen und gewählt werden in Köniz

Wer in ein politisches Amt gewählt wird, hängt von vielen Faktoren ab. Einer davon ist das Wahlsystem.

Ein Blick zurück auf die Entwicklung des Wahlsystems für das Könizer Parlament.

Text: Casimir von Arx, Parlamentarier

Teil der 100-jährigen Geschichte des Könizer Parlaments ist die Entwicklung seines Wahlsystems. Dieser Text befasst sich in erster Linie mit dem Wahlsystem im engeren Sinn: mit den Auswahlmöglichkeiten für die Wahlberechtigten und mit dem Sitzzuteilungsverfahren, also dem Mechanismus, der aufgrund der gültigen Stimmen festlegt, wer einen Parlamentssitz erhält.

Das Wahlsystem beinhaltet freilich weitere Spielregeln. Wer darf wählen? Wer kann zur Wahl antreten? Wie werden falsch ausgefüllte Wahlzettel behandelt? Kann man eine Wahl ablehnen? Solche Fragen kann man zum Wahlsystem im weiteren Sinn zählen. Vereinzelt sollen auch sie Erwähnung finden. Die wohl bedeutendste Änderung am Könizer Wahlsystem im weiteren Sinn wird im Text «Frauen im Parlament» von Dominique Bühler behandelt: die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen auf Gemeindeebene per 1. Januar 1969.

1942, Gemeinde: Walter Antener wird zum Gemeindepräsidenten gewählt. Mit ihm beginnt die Ära der langjährigen Gemeindepräsidenten. Er bleibt bis 1965 im Amt.

Proporz und Proportionalität

Das Könizer Parlament wurde von Anfang an im Proporz gewählt. In Artikel 19 des Organisations- und Verwaltungsreglements vom 28. September 1919 steht: «Die Wahl der Mitglieder des Grossen Gemeinderates erfolgt durch Verhältniswahl (Proporz).» Mit «Proporz» ist das Sitzzuteilungsverfahren indes noch nicht präzise beschrieben, denn es existieren diverse verschiedene Proporzwahlverfahren. Jenes von 1919 sah folgende Schritte vor:

- Es werden die gültigen Stimmen pro Kandidat ermittelt, dann die gültigen Stimmen pro Liste und schliesslich die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen.
- Diese Gesamtzahl aller Stimmen wird durch die Zahl der zu besetzenden Sitze plus 1 geteilt. Das Ergebnis dieser Rechnung ist die Wahlzahl.
- Die Stimmenzahlen aller Listen werden durch die Wahlzahl geteilt. Das Ergebnis ohne Rest entspricht der vorläufigen Anzahl Sitze, die der jeweiligen Liste zugeteilt werden.



Auch punkto Wählerschaft ist Köniz eigen: Das urbane Zentrum steht meist im Fokus. Aber zu Unrecht – weite Teile von Köniz sind ländlich und glänzen mit einer wunderbaren Natur.

1945, Parlament: Gemeinderat und Grosse Gemeinderat stellen zur Bewältigung der Folgen von Wirtschaftskrise und Weltkrieg ein Sofortprogramm auf. Soziale Wohnbaupolitik und Arbeitsbeschaffung sind zentrale Pfeiler. Vorausschauendes Handeln ist auch gefragt in Bezug auf die Verkehrspolitik, Ortsplanung und den Bau von Schulhäusern und Turnhallen.

«Einer Verstärkung unserer wachsenden Gemeinde darf nicht Vorschub geleistet werden. Die weitere Entwicklung der Gebiete ist in gesunde Bahnen zu lenken. In engem Zusammenhang damit stehen verschiedene Verkehrsprobleme, die einer Lösung harren.»²

- Wenn dadurch mehr Sitze verteilt wurden, als zu besetzen sind, werden wieder Sitze gestrichen, und zwar der Reihe nach bei denjenigen Listen mit dem kleinsten Rest. Wurden, umgekehrt, zu wenige Sitze verteilt, so werden zusätzliche Sitze zugeteilt, und zwar der Reihe nach denjenigen Listen mit dem grössten Rest.
- Die Sitze der Liste gehen der Reihe nach an die Kandidaten mit den meisten Stimmen.

Dieses Verfahren liest sich ähnlich wie die heute gängigen Proporzverfahren. Es weist Elemente des Hagenbach-Bischoff- (siehe unten) und des sog. Hare-Niemeyer-Verfahrens auf.

Welches Sitzzuteilungsverfahren zum Einsatz kommt, kann sich darauf auswirken, welche Liste wie viele Sitze erhält. Davon können letztlich auch die Mehrheiten im Parlament abhängen. Köniz wechselte später auf das in der Schweiz verbreitete Hagenbach-Bischoff-Verfahren, benannt nach dem Basler Physiker Eduard Hagenbach-Bischoff. Dieses weist eine proporzverzerrende Wirkung in Form systematischer Benachteiligung kleiner Parteien respektive Listen auf.

Doch zurück ins Jahr 1919. Das damalige Sitzzuteilungsverfahren wahrte den Proportionalitätsgrundsatz nicht immer: Wenn nämlich eine Liste weniger Kandidaten enthielt, als ihr Sitze zugeteilt wurden, gingen ihre überschüssigen Sitze stattdessen an diejenigen, die unter den Nichtgewählten der anderen Listen die meisten Stimmen erhalten hatten. Heute wird dieses – in der Praxis nicht sehr häufige – Problem anders gelöst: Bekommt eine Liste mehr Sitze, als sie Kandidierende hat, werden die Listenunterzeichnenden aufgefordert, weitere Personen vorzuschlagen. So wird die Proportionalität gewahrt. Nachteil dieses Vorgehens ist aber, dass die nachträglich vorgeschlagenen Personen ins Amt kommen, ohne sich einer Volkswahl zu stellen.

1949, Gemeinde: Die Gemeinde feiert ihr tausendjähriges Bestehen. Köniz zählt zu dieser Zeit 18000 Einwohnerinnen und Einwohner und ist die sechzehnt grösste Gemeinde der Schweiz.

Der Gemeinderat wurde vor 100 Jahren übrigens noch im Majorz gewählt. Doch schon an der Gemeindeversammlung vom 28. September 1919 gab es eine Debatte darüber, ob künftig nicht auch der Gemeinderat im Proporz gewählt werden sollte. Das Bewusstsein für die Unterschiede zwischen Proporz- und Majorzwahlssystemen dürfte damals gross gewesen sein: Am 13. Oktober 1918 war die Proporzwahl des Nationalrats angenommen worden. Und tatsächlich führte dieses neue System im Oktober 1919 zu einer erheblichen Umverteilung der Nationalratssitze.

Listenverbindungen

Wenn zwei oder mehr Listen sich verbinden, werden ihre Stimmen bei der Sitzzuteilung zunächst zusammengezählt. Die verbundenen Listen bündeln damit gewissermassen ihre Kräfte. So können kleinere Listen der Benachteiligung entgegenwirken, die sie im Hagenbach-Bischoff-Verfahren trifft. Grosse Parteien wiederum können damit ihre Bevorteilung noch verstärken.

Die Möglichkeit, Listenverbindungen einzugehen, gab es bei der ersten Parlamentswahl 1920 noch nicht. Sie findet sich aber bereits im teilrevidierten Organisations- und Verwaltungsreglement vom 14./15. Dezember 1929. Im Wahlreglement vom 17. Juli 1984 sind zudem Unterlistenverbindungen gestattet. Die Unter-Unterlistenverbindungen wurden im September 2020 durch die Stimmberechtigten abgeschafft.

Zu Diskussionen führten in den letzten Jahren auch die Listenverbindungen bei den Gemeinderatswahlen. Eine Volksinitiative forderte 2016 deren Abschaffung. Es gelang dem Komitee aber nicht, genug Unterschriften für das nicht ganz einfach zu erläuternde Anliegen zu sammeln.

«Mit enormem Aufwand, mit Festumzügen, Ausstellungen, offiziellen Tagen usw. zeigte Köniz seine Kraft und sein Selbstbewusstsein.»²

«(...) Nahe Verwandte dürfen nicht gleichzeitig dem Gemeinderat angehören. 1919 waren die Ausschlussregeln noch strenger: Sie umfassten auch «Verwandte in der Seitenlinie bis und mit dem dritten Grade (Oheim und Neffe)».

Bemerkenswertes aus den Anfängen und Ausblick

Im Reglement von 1919 war noch keine Rede von sogenannten Zusatzstimmen. Gemeint sind die Stimmen, die eine Partei für die leeren Linien auf ihren Wahlzetteln bekommt. Es sind Stimmen, die an die Partei, aber an keine bestimmte Person gehen. Man führte sie erst später ein und unterstrich damit, dass eine Proporzwahl in erster Linie eine Parteienwahl ist

Nach 1919 fand zunächst alle zwei Jahre eine Halberneuerung des Parlaments statt. In den 1930ern wechselte man dann zum heutigen System mit Gesamterneuerung alle vier Jahre. Wer eine Wahl ohne gültigen Grund ablehnte, wurde «vom Regierungstatthalter auf so lange in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt, als er auf seiner Weigerung beharrt[e]».

Für den Gemeinderat besteht noch heute ein Verwandtenschluss: Nahe Verwandte dürfen nicht gleichzeitig dem Gemeinderat angehören. 1919 waren die Ausschlussregeln noch strenger: Sie umfassten auch «Verwandte in der Seitenlinie bis und mit dem dritten Grade (Oheim und Neffe)» und galten auch für das Parlament und die ständigen Kommissionen.

Ab 1960, Gemeinde: Der Bauboom erfasst die bäuerlichen Weiler Schliern, Schwanden und Moos. Die Orte in der oberen Gemeinde bewahren ihren ländlichen Charakter und grossartige Ortsbilder.

Der Vorlauf der Parlamentswahlen war zu Beginn kurz: Die Wahlvorschläge (Listen) mussten gerade mal 10 Tage vor den Wahlen bei der Gemeindeschreiberei eingereicht werden. Heute benötigen Parteien und Verwaltung einen monatelangen Vorlauf. Apropos Verwaltung: Gemäss dem Reglement von 1919 wählte das Volk nicht nur Regierung und Parlament, sondern auch den Gemeindeschreiber, den Polizeiinspektor und den Gemeindekassier.

Die Entwicklung eines Wahlsystems ist nie abgeschlossen. Im Könizer Parlament wurden unlängst – und vorerst erfolglos – Anträge für die Umstellung der Proporzahlen auf das gegenüber der Parteigrösse neutrale Sainte-Laguë-Verfahren sowie für die Einführung der Rangfolgewahl fürs Gemeindepräsidium gestellt. Man darf also gespannt sein, was die Zukunft bringt.

Casimir von Arx, Parlamentarier



Ein Rückblick auf die Geschichte der letzten 25 Jahre Könizer Parlament

Welches sind die grossen Linien des parlamentarischen Wirkens in der Gemeinde Köniz in den letzten 25 Jahren? Was macht die Arbeit des Parlaments und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament in Köniz aus?

Text: Markus Heinzer, Könizer Parlamentssekretär zwischen 2007 und 2010

Schritt für Schritt zu einer umfassenden Regierungsreform

«Eines wird die nahe Zukunft bringen: Weitere hauptamtliche Gemeinderatsmitglieder, und in der weitem Zukunft sicher einen ständigen, 5- oder 7-gliedrigen Gemeinderat.» Mit dieser Vision schloss Otto Büssard 1970 seine Chronik zum 50-Jahr-Jubiläum des Grossen Gemeinderats (GGR) von Köniz. Tatsächlich: Wie in den 1980er- und 1990er-Jahren, blieb die Form und Zusammensetzung des Gemeinderates auch nach 1995 im Gespräch. Der Trend hin zu einer schlankeren und professionelleren Gemeindeführung manifestierte sich in Köniz auch über das Projekt «Köniz 2000» hinaus, mit dem die 75-Jahre-Chronik von Matthias Burkhalter endet. Regierungsreformen werden naturgemäss in den Parlamenten ausführlich debattiert. Schliesslich geht es dabei auch um das Austarieren der Macht zwischen Exekutive und Legislative.

Delikat sind dabei unter anderem die Entschädigungen der Regierungsmitglieder, die in Köniz ab 1996 neu verhandelt wurden. Schon bei der Besetzung einer Spezialkommission im GGR zeigte sich, wie die grossen Parteien mit eigenen Gemeinderatsmitgliedern sich in einem Dilemma befanden: Sie schoben sich gegenseitig die heisse Kartoffel des Kommissionspräsidiums zu. Das ging so weit hin und her, dass Lorenz Bussard (SVP-Fraktionspräsident) davor warnen musste, zwischen SVP und SP «einen künstlichen Röstigraben auszuheben», und dass schliesslich ein Grüner das Präsidium übernehmen musste. Als das Geschäft nach zehn Kommissionssitzungen à drei Stunden in den GGR kam, hielt der Gemeindepräsident (GP) Henri Huber fest: «Mir ist kein anderes Geschäft in der parlamentarischen Geschichte Köniz' bekannt, das derart intensiv vorberaten worden wäre wie das vorliegende.» Dieser Aufwand lohnte sich offensichtlich: Alle Anträge der Kommission setzten sich mit grossem Mehr durch.

Als der Rat im November 1998 mit grosser Mehrheit eine FDP-Motion zur Verkleinerung des Gemeinderates auf fünf vollamtliche Mitglieder ablehnte, war die Zeit für die nächste Regierungsreform offenbar noch nicht reif. Dafür blieb Zeit für eine aufwändige Gesamtrevision der Gemeindeordnung (GO), die allerdings materiell wenig Neuerungen brachte. Der GGR diskutierte denn auch fast ausschliesslich über die Frage, ob Köniz neu eine «Stadtgemeinde» werden oder weiterhin eine «Gemeinde» bleiben sollte. Dazu der Kommentar des GP Henri Huber: «All jene, die erklären, dieses Thema sei nicht die grösste Sorge der Gemeinde, haben Recht. (...) Dass diese [Bezeichnung] nun quasi zum Hauptpunkt der GO-Revision wurde, hat uns selber am meisten überrascht.» In einer Variantenabstimmung entschieden sich die Könizer Stimmberechtigten dann bekanntlich klar für «Gemeinde Köniz». Mit dem Inkrafttreten der neuen GO auf August 2004 wechselte auch der Name des GGR: Er sollte in Zukunft schlicht und einfach «Parlament» heissen.

Zur gleichen Zeit trat der neue GP Luc Mentha sein Amt an. Bald darauf gelangte die etwas spezielle Konstruktion des Könizer Gemeinderats mit 3 hauptamtlichen und 4 nebenamtlichen Mitgliedern wieder auf die Tagesordnung. Nachdem zwei Gemeinderäte während einer laufenden Legislatur ins Amt «nachgerutscht» waren, wurde der Begriff «Kronprinzenregelung» geprägt und damit die demokratische Legitimation des «Nachrutschens» vor allem auf der 3er-Liste für die Hauptämter des Gemeinderats in Frage gestellt: Da auf dieser Liste drei Linien zur Verfügung standen, wurde meist eine Person kumuliert und die zweite einfach aufgeführt. Bei einem Rücktritt während der Legislatur rutschte damit auto-

matisch die zweite Person nach, obwohl sie bei den Wahlen wegen der fehlenden Kumulation massiv weniger Stimmen erhalten hatte. Zudem hätten die zehn Unterzeichnenden der Liste alleine bestimmt, wer als Drittes nachrutschen würde.

Nach komplizierter Diskussion entschied sich das Parlament dafür, dass das Nachrutschen nur noch auf der Gemeinderats-Nebenamt-Liste möglich sein sollte. Bei vorzeitigem Rücktritt aus Hauptämtern sollten dagegen immer Neuwahlen veranstaltet werden. Die SP kündigte umgehend an, mit einer Volksinitiative den Stimmberechtigten bei jedem Rücktritt Neuwahlen zu ermöglichen. Im Folgejahr reichten gleich zwei Komitees eine Initiative ein: die «Kronprinzen-Initiative» und die Initiative «5 statt 7». Zur Erarbeitung von Gegenvorschlägen zu beiden Initiativen setzte das Parlament im März 2007 eine Spezialkommission ein. Beide Gegenvorschläge lieferten offenbar bessere Lösungen für die anerkannten Problematiken und erreichten im Parlament grosse Mehrheiten. Daraufhin wurden beide Initiativen zurückgezogen und die Gegenvorschläge an der Urne mit sehr grossem Mehr bestätigt. Die Spezialkommission wurde in «köniz.fünf» umbenannt und begleitete die Erarbeitung der Ausführungsgesetzgebung, die im Parlament einstimmig und vor dem Volk mit grossem Mehr bestätigt wurde. Ebenso passierten die neuen Regelungen für die Entschädigungen und Nebenbeschäftigungen der Gemeinderatsmitglieder die Hürden. Gemeindeschreiberin Beatrice Zbinden und ihr Team und die Spezialkommission leisteten hier ganze Arbeit. Im Jahr 2010 konnte schliesslich ein nur noch aus fünf Mitgliedern bestehender Gemeinderat mit Pensen von je 80% reibungslos mit einer neuen Verwaltungsorganisation starten.

«In einer Variantenabstimmung entschieden sich die Könizer Stimmberechtigten dann bekanntlich klar für «Gemeinde Köniz».»

1973, Parlament: Margrit Bamert-Bürki ist die erste Frau, die das Präsidium des GGR übernimmt.



Einige Jahre später – 2013 übernahmen der neue Gemeindegemeinschafter Pascal Arnold und 2014 der neue Gemeindegemeinschafter Ueli Studer – gab eine glp-Motion den Startschuss zu einer Revision des Abgangsreglements. Auch dafür setzte das Parlament eine Spezialkommission ein (Dezember 2015), obwohl in Frage gestellt war, wie gross deren Verhandlungsspielraum überhaupt noch sei. Der Gemeinderat hatte nämlich vorgängig die Meinungen der Fraktionen schon Wort für Wort in den Parlamentsantrag kopiert und damit öffentlich gemacht. Im September 2016 konnte die Revision schliesslich mit grossem Mehr beschlossen werden. Den vorläufigen Abschluss der Regierungs-Neuorganisation bildete die Vorlage zur Lockerung der Amtszeitbeschränkung für das Gemeindegemeinschafterpräsidium, die ebenfalls von einer Spezialkommission begleitet und mit sehr grossem Mehr an die Stimmberechtigten überwiesen wurde.

Ab Januar 2018 übernahm ein fast komplett erneuerter Gemeinderat die Geschicke der Gemeinde: Vier von fünf Mitgliedern waren direkt vom Parlament in den Gemeinderat und Annemarie Berlinger-Staub (SP) als erste Frau zur Gemeindegemeinschafterpräsidentin gewählt worden.

Das Seilziehen um Macht und Kompetenzen

Das Könizer Parlament hat den Ruf eines «netten» Parlaments. In der Rückschau zeigt sich aber auch eine gewisse Lust am Machtspiel mit der Exekutive. Neben der sich über Jahrzehnte hinziehenden Regierungsreform fand dieses Spiel um die Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative auch auf diversen Nebenschauplätzen statt. So etwa bei Revisionen des Geschäftsreglements des GGR bzw. des Parlaments, wie damals im Jahr 1996, als der GPK-Sprecher eine von einer Spezialkommission vorbereitete Revision so einleitete: «Andererseits haben wir versucht, durch Korrekturen der bisherigen Geschäftsordnung des GGR das Parlament zu stärken. Der GGR darf nicht zu einem Alibikränzchen, das sich jeden zweiten Monat im Schulhaus trifft, degradiert

werden. (...) Aus der Zeit der Spezialkommission Parlamentsreform erinnern sich gewiss noch viele, dass der Gemeinderat weniger Interesse an einer Stärkung des Parlaments zeigt als wir selbst. (...) Ein abweichender darf indes mitnichten mit einem Kollisionskurs gleichgesetzt werden. Wir sind in der Kommission überzeugt, dass die Exekutive an einer starken Legislative interessiert sein muss. Ein nur «liebes» Parlament dient der Sache nicht. Vielmehr dient ein kooperatives Parlament. Zur Kooperation pflegen wir im Grossen und Ganzen bereit zu sein.» Entgegen dem Willen des Gemeinderates setzte der GGR dann einige neue Regeln durch, die sein Gewicht tendenziell stärkten. So kann seither bei der Rückweisung eines Geschäfts eine Frist für die Wiedervorlage gesetzt werden; eine Massnahme gegen die «Schubladisierung» von Geschäften.

Schon früher im Jahr 1996 war ein erster Schlagabtausch erfolgt, als zwei Änderungen der Gemeindeordnung traktandiert waren: Die Frage der Finanzkompetenzen des Gemeinderates (neu 350000 CHF statt wie bisher 100000 CHF) wurde vom Sprecher der Fraktion FPS/SD/PGSP bereits in der Eintretensdebatte zur Frage über Sein oder Nichtsein der Legislative emporstilisiert: «Für uns ist dies ein falscher Titel [Änderung der Gemeindeordnung]; vielmehr sollte er heissen «Abbau der Volksrechte». Ein Gemeinderat hat – vor seiner Wahl – anlässlich einer Budgetabstimmung zu mir gesagt, was diese «da vorne» täten, sei reine Folklore. Wenn wir uns unsere Finanzkompetenz einschränken lassen, verkommt das ganze zur Politshow ohne Biss. (...) Anlässlich der ersten Sitzung der vorgenannten Spezialkommission war Herr Gemeindegemeinschafterpräsident Huber anwesend, und er erwähnte gegenüber Frau Hulliger, es brauche uns gar nicht – weder in der Kommission noch im GGR. Das Einzige, was wir benötigten, sei eine starke Regierung, sprich Gemeinderat. (...) Heute schafft sich die Legislative faktisch ab, denn sie hat nichts mehr zu den Geschäften, die ins gute Tuch gehen, zu sagen.» Der GPK-Sprecher hatte das gleiche Unbehagen vorher etwas sachlicher so formuliert: «Wir müssen erkennen, je höher wir die Finanzkompetenz der

«Mit diesen neuen Strukturen wird Köniz im zweiten Jahrtausend ihres Bestehens und im dritten Jahrtausend unserer Zeitrechnung eine bürgernahe Gemeinde bleiben. Dazu braucht es aber – wie schon in der Vergangenheit – weiterhin politisch engagierte Menschen, die bereit sind, sich für das Gemeinwesen einzusetzen.»²

1989, Parlament: Der Gemeinderat lanciert das Entwicklungsprojekt Köniz 2000. Verwaltung und Exekutive erhalten ein neues Kleid. 1991 stimmen die Könizerinnen und Könizer der neuen Gemeinderats- und Verwaltungsstruktur zu. Der Gemeinderat wird von 11 auf 7 Mitglieder verkleinert.

«Den «neutralen» Parlamentarier, edel wie ein Engel, der von sich sagt, er vertrete des Volkes Stimme und wisse, was dieses wolle, gibt es nicht.»

Exekutive festlegen, desto weniger Sachvorlagen muss der GGR behandeln. (...) Andererseits sollten wir auch nicht feige sein, unserem – zurzeit – kompetenten Gemeinderat weise Finanzentscheide nicht zuzubilligen.» Der GP Henri Huber (SP) konterte wortgewandt, konnte aber wohl den Vorwurf nicht wirklich entkräften: Das klinge, «als ob ein Mitglied des Parlamentes stärker vom Volk gewählt sei als ein Gemeinderat und näher bei dessen Puls stehe, obwohl alle Untersuchungen belegen, dass Parlamentarier vor allem Lobbyisten sind, eine bestimmte Richtung vertreten und vor allem den Auftrag haben, möglichst viel Geld für ihre Lobby herauszuholen. Den «neutralen» Parlamentarier, edel wie ein Engel, der von sich sagt, er vertrete des Volkes Stimme und wisse, was dieses wolle, gibt es nicht. (...) Ich würde das Gegenteil nicht behaupten, ich sei näher beim Volk als Herr Stähli. Ich bin indes genau gleich vom Volk gewählt wie beispielsweise er, sei es auf einer anderen Position. (Gewiss sind einige «gleicher» als die anderen.» Schliesslich findet ein Mittelweg – 200000 CHF – eine satte Mehrheit.

Das Spiel um Macht und Kompetenzen spielte sich später in anderen, weniger prominenten Arenen ab: Anfang 2003 wurde ein überparteiliches Postulat erheblich erklärt, das eine Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates wünschte. Es ging darum, wie und ob der Gemeinderat nach seinen Sitzungen das Parlament und die Öffentlichkeit über Beschlüsse informierte. GP Henri Huber in der Debatte: «Von mir aus könnten Sie auch an den Gemeinderatssitzungen dabei sein, es würde mich nicht stören.» Der Gemeinderat wollte lieber über die wesentlichen Geschäfte ausführlich

informieren als über alle oberflächlich. Doch genau das sei der springende Punkt, meinte dazu Martin Zwahlen (FDP): «Der Gemeinderat entscheidet, was wesentlich ist und was nicht.» Erst 2007 konnte das Postulat abgeschrieben werden. Offenbar hatte sich mit der Einführung von E-Mails einiges von selbst gebessert. Der GP Luc Mentha versprach jedenfalls, sich «im Prinzip» an die «eiserne Regel» zu halten, das Parlament vor der Öffentlichkeit zu informieren.

Mindestens seit Mitte der 1990er-Jahre scheint es Tradition gewesen zu sein, dass in Wahljahren zwischen Sommer und Wahlen im Herbst keine Vorstoss-Beantwortungen mehr traktandiert wurden. Dieses «Vorstosseembargo» führte regelmässig (speziell auch im Jahr 2005) zu eher kurzen Sitzungen vor den Wahlen, aber auch zu einem Stau an nicht behandelten Vorstössen, der nicht mehr in der alten Legislatur abgearbeitet werden konnte. Deshalb unterschrieben Anfang 2006 33 Parlamentsmitglieder eine Motion zur Abschaffung dieses «Vorstosseembargos». Hugo Staub (SP) hielt in der Diskussion fest, was viele wohl nicht ganz glauben konnten: «Wir gehen davon aus, dass während der ganzen Legislatur und nicht nur während des letzten halben Jahres keine Profilierungsvorstösse eingereicht werden sollen.» Die Motion wurde mit 35 zu 0 Stimmen erheblich erklärt, und die entsprechende Reglementsänderung im Mai 2008 mit offensichtlichem Mehr beschlossen. Trotzdem musste Bernhard Bichsel (jfk) im März des Wahljahres 2013 wieder allen in Erinnerung rufen: «Viele der Vorstösse wären unter Umständen, nach einem klärenden bilateralen Gespräch mit der Verwaltung, obsolet.»

«Ein Gemeinderat hat – vor seiner Wahl – anlässlich einer Budgetabstimmung zu mir gesagt, was diese «da vorne» täten, sei reine Folklore.»

2009 führte das Parlament die Richtlinienmotion ein. Bisher mussten Motionen, die in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats eingriffen, in ein Postulat umgewandelt werden. Dies führte fast jedes Mal zu ungunstigen Gefühlen und unklaren Aufträgen. Mit der Richtlinienmotion sollte diese Frage ein für alle Mal geklärt werden. Dabei war aber vielen bewusst, dass die Klärung der Zulässigkeit eine heikle Sache ist und dass der Gemeinderat diese im Prinzip auch in politischem Sinn missbrauchen könnte. Die Zulässigkeit bzw. die Frage, ob eine Motion eine bindende Motion oder eine Richtlinienmotion ist, wird seither

durch den Gemeindeschreiber geklärt. Parlament und Gemeinderat halten sich daran. Auch der Abschreibungsmodus von Richtlinienmotionen ergab weiteren Diskussionsbedarf. Mark Stucki (FDP) formulierte die Problematik so: «Richtlinienmotionen, die nicht abgeschrieben werden und in einem juristischen und politischen Vakuum auf unbestimmte Zeit vor sich hin dümpeln, helfen und bringen letztlich niemandem etwas.» Auch Markus Bont (EVP) wollte nicht, «dass Motionen in einem politischen Schwebezustand schweben.» Ursula Wyss (Grüne) brachte das Problem sarkastisch auf den Punkt: «Weil eine Richtlinie nicht bindend ist, spielt es keine Rolle, ob eine Richtlinienmotion erfüllt ist oder nicht.» Das Parlament entschied sich zuletzt für eine «automatische» Abschreibung.

Im Jahr 2008 folgte das Parlament einer GPK-Motion und zog die Zuständigkeit für Behördeninitiativen und -referenden im Rahmen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland entgegen dem Willen des Gemeinderats an sich. Die Stimmberechtigten bestätigten diese Regelung 2010 mit 79% Ja-Stimmen. In der Geschichte der Regionalkonferenz kam es noch nie zu einem Referendum oder zu einer Initiative.

Im August 2013 erteilte das Parlament dem Gemeinderat einen Prüfauftrag zur Einführung einer Volksmotion und eines Volkspostulats, der auch termingerecht erfüllt wurde. Der damalige Gemeinderat unterstützte das Anliegen auch. Die entsprechende Folge-Motion fand beim neuen Gemeinderat und auch im Parlament indes keine Mehrheit mehr. Dafür erklärte das Parlament im November 2019 eine Motion von Mitte-Links zur Einführung der parlamen-



Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums:
Das Könizer Parlament im Kleidungsstil von 1920.

tarischen Initiative erheblich, obwohl sich der Gemeinderat «mit Händen und Füßen gewehrt» hatte (Votum von Iris Widmer, Grüne).

Auch das Ratssekretariat war mehrmals Thema von Debatten; so 1996 aufgrund eines Berichts über ein «unabhängiges Ratssekretariat». Die vorberatende Spezialkommission konnte offenbar mit dem vorgeschlagenen «Mass der Unabhängigkeit» leben, erwartete aber, dass der Rat oder ein Ausschuss Mitsprache bei einer Neubesetzung erhält. Annemarie Emch (FL) beschrieb dabei die Rolle des Ratssekretärs treffend so: «im Clinch zwischen Exekutive, Verwaltung und Legislative». Wie viele andere, fand sie es «unbedingt nötig, die Position des Ratssekretärs zu stärken.» Mit grossem Mehr wurde schliesslich ein Antrag der EVP/LdU/FL-Fraktion zu einer Regelung angenommen, die sich offenbar bis heute weitgehend bewährt hat: «Das Ratssekretariat ist hinsichtlich der Ausübung seiner Funktionen unabhängig von Gemeinderat und Gemeindeverwaltung. Es arbeitet nach Weisungen des Grossen Gemeinderates und seiner Organe und ist diesen direkt verantwortlich.»

Der langjährige Ratssekretär Matthias Burkhalter wurde im Mai 2003 durch Elisabeth Zürcher abgelöst, die vorher als Adjunktin des Gemeindeschreibers bereits stark im Geschehen involviert gewesen war. Dies war aus der Sicht des GGR einerseits ein Vorteil, wie es der damalige GGR-Präsident ausdrückte: «Ich bin sehr zufrieden, dass ich nicht jemanden

neu einarbeiten muss.» Im Hintergrund allerdings rumorte es stark, denn die Übertragung der Aufgaben des Ratssekretärs auf die bereits vorhandene Adjunkten-Stelle bedeutete eine deutliche Kürzung des Stellen-Etats. Nach knapp drei Jahren übernahm Anita Fehlmann diese kombinierte Stelle. Erst mit dem Amtsantritt von Markus Heinzer als Parlamentssekretär im August 2007 wurden die beiden Aufgabenbereiche wieder getrennt und damit die formelle Unabhängigkeit des Sekretariats von der Stabsabteilung wiederhergestellt. Auf den Wechsel hin zu Verena Remund im März 2010 wurde die Stelle noch mindestens nominal aufgewertet: Verena Remund ist seither die Leiterin der Fachstelle Parlament.

Bis 2010 tagte der GGR bzw. das Parlament in der Aula des Schulhauses Hessgut im Liebefeld. Auf Initiative von Christian Burren, der als langjähriger Parlamentarier im Jahr 2010 das Parlamentspräsidium übernahm, zog das Parlament im März 2010 in den neu zum Kulturlokal ausgebauten Rossstall auf dem Schlossareal um. Damit erfolgte der Umzug etwas früher und anders als vom Chronist des 75-Jahr-Jubiläumstextes erhofft: «Der Wunsch, die Entscheide des Parlaments im Schloss auszufeuchten, ist fast so alt wie der Rat selbst, vielleicht wird er zum hundertjährigen Jubiläum dann in Erfüllung gehen.» Falls eine Motion aus der Mitte-Fraktion (im Februar 2019 als Postulat erheblich erklärt) ihr Ziel erreicht, steht bald ein weiterer Umzug bevor: derjenige ins weltweite Netz. Der Vorstoss fordert nämlich eine «Live-Übertragung der Parlamentssitzungen» im Internet.

«Richtlinienmotionen, die nicht abgeschrieben werden und in einem juristischen und politischen Vakuum auf unbestimmte Zeit vor sich hin dümpeln, helfen und bringen letztlich niemandem etwas.»

1992, Parlament: Die neue Geschäftsordnung des GGR tritt in Kraft.

«Die Rückbesinnung auf das Wesentliche und das gestärkte Selbstbewusstsein des Rates und seiner Mitglieder sind wesentliche Merkmale dieser Reform.»²

Spezialkommissionen als Schmiermittel der Zusammenarbeit mit der Exekutive

In den letzten 25 Jahren bewährte es sich offenbar in vielen Fällen, für komplexe Geschäfte eine Spezialkommission einzusetzen. Im Januar 1998 setzt der Grosse Gemeinderat eine Spezialkommission zur Umsetzung der «EDV-Strategie Köniz-Muri» ein. Die Arbeit der Kommission mündete in einer Vorlage für ein gemeinsames Informatikzentrum, die an einer einzigartigen gemeinsamen Sitzung im Juni 1998 mit dem GGR von Muri behandelt wurde. Der GP von Muri, Peter Niederhäuser, eröffnete diese Sitzung mit den Worten: «Die heutige gemeinsame Sitzung wird wahrscheinlich nicht gerade in die Weltgeschichte eingehen – dies wäre gewiss vermessen, zu behaupten –, doch in den Gemeindeannalen wird es noch in hundert Jahren nachzulesen sein, dass die Gemeinden Köniz und Muri am 22. Juni 1998 gemeinsam getagt haben. Es ist dies nämlich für bernische Verhältnisse ein Primeur.» Die gemeinsame Sitzung faszinierte viele Parlamentsmitglieder beider Gemeinden. Sie sahen darin einen «symbolhaften Akt, wie in Zukunft auf Gemeindeebene Projekte realisiert und Lösungen gesucht werden können.» (FDP-Fraktionssprecherin von Muri).

Sehr konstruktiv – vermittelt ebenfalls von einer eigenen Spezialkommission – funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und GGR bei der ersten Bläuacker-Überbauung. Immerhin waren in diesem komplexen Geschäft drei Direktionen involviert (Präsidial- und Finanzdirektion, Direktion Planung, Umwelt und Verkehr, Direktion Gemeindebauten). Die Kommission wurde im Mai 1999 eingesetzt und brachte nach 4 Sitzungen bereits im Juni den Kreditantrag und die Vorverträge einstimmig durchs Parlament. Der GP Henri Huber dazu: «Ich bin erfreut, dass dieses wie durch Butter geht; dies ist sicher das Verdienst der Spezialkommission, welche ausserordentlich seriös und speditiv das Geschäft vorbehandelt hat.» Im gleichen September überweist der GGR bereits einstimmig die Vorlage an die Stimmberechtigten.

Die nötigen Verpflichtungskredite gingen im Oktober 2000 ebenfalls mit überwältigendem Mehr durchs Parlament.

Im August 2000 stand eine Reform bei den Einbürgerungen an: Die Einbürgerungsgesuche sollten neu von einer eigenen Kommission vorgeprüft werden und nicht mehr wie bisher von der GPK. Eine parlamentarische Spezialkommission begleitete die Ausarbeitung eines Reglements für diese neue Kommission, das schon im Januar 2001 den GGR mit grossem Mehr passierte.

Als der Gemeinderat zur Revision des Reklamereglements im Juni 2009 ebenfalls eine Spezialkommission einsetzen wollte, zeichnete sich wohl etwas Kommissionsmüdigkeit ab. Nicht alle waren sich einig, dass die Tragweite des Geschäfts gross genug sei, um extra eine neue Kommission einzusetzen. Knapp entschied sich der GGR dann doch dafür. Dass offenbar nicht nur die Einschätzung der Tragweite unterschiedlich war, sondern auch die Vorstellungen über den Inhalt des neuen Reglements, zeigt sich am Abstimmungsergebnis im GGR: Nur mit 23 zu 14 konnte sich der Rat hinter die Vorlage an die Stimmberechtigten stellen. Im September 2012 überstand diese dann doch in einem guten Verhältnis von 65% Ja- zu 35% Nein-Stimmen die Volksabstimmung.

Die Teilrevision des Bildungsreglements, die dazu führte, dass heute nur noch eine Schulkommission über die strategische Führung der Könizer Schulen entscheidet (anstelle von vorher sechs Kommissionen, je einer pro Schulbezirk), wurde ab April 2012 ebenfalls von einer Spezialkommission begleitet. Das Parlament hiess die Vorlage anschliessend einstimmig gut. Allerdings wurde gleich anschliessend die Schliessung der Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt, die ebenfalls von der Kommission vorberaten und gutgeheissen worden war, in einer Abstimmung unter Namensaufruf mit 23 zu 17 Stimmen gestoppt.



Die Abschaffung wurde vom Parlament mit 23 zu 17 Stimmen gestoppt: die Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt werden weitergeführt.

Als das Megaprojekt des Ersatzes der Buslinie 10 nach Köniz/Schliern durch eine Tramlinie ins Könizer Parlament kam, zeigte sich, wo die Grenzen dieser Mechanik der vorberatenden Spezialkommissionen liegen: Wenn nämlich Bevölkerung und Parlament vollständig gespalten sind, kann dies auch keine Kommission flicken. Die Tramkommission wurde 2009 eingesetzt, und als der erste Projektierungskredit im November 2011 ins Parlament kam, beantragte die Kommission mit knapper Mehrheit dessen Ablehnung. In der Debatte, in der alle ihre Redezeit ausschöpften, fiel der legendäre Satz des Parteilosen Christian Burren (ab 2018 im Gemeinderat zuständig für die Verkehrsdirektion): «Unsere Kühe brauchen

das Tram nicht.» Damit wollte er darauf hinweisen, dass hinter dem Tramprojekt auch eine Siedlungsausbaulogik steckte. Schliesslich brauchte es den Stichentscheid der Parlamentspräsidentin Ursula Wyss (Grüne), um den Kredit durchzubringen.

Das Tramprojekt stand auch weiterhin nicht unter einem guten Stern. Der Tempodruck war jeweils damit begründet worden, dass Bundesgelder nur fliessen würden, wenn bis 2014 mit dem Bau begonnen werde. Als bekannt wurde, dass dies so nicht der Fall war, traten an der Mai-Sitzung im Jahr 2012 unter dem Traktandum «Verschiedenes» die fünf bürgerlichen Mitglieder der Tramkommission unter Pro-

1998, Parlament: Das Reglement für ein Jugendparlament wird verabschiedet – im Jahr darauf wird es auch von Jugendlichen gegründet. Als eines der wenigen in der Schweiz kann es selbst Vorstösse zuhanden des Parlaments einreichen.





Megaprojekt und Spezialkommission am Anschlag: Die Buslinie 10 sollte durch ein Tram ersetzt werden.

«Als das Megaprojekt des Ersatzes der Buslinie 10 nach Köniz/Schliern durch eine Tramlinie ins Könizer Parlament kam, zeigte sich, wo die Grenzen dieser Mechanik der vorberatenden Spezialkommissionen liegen: Wenn nämlich Bevölkerung und Parlament vollständig gespalten sind, kann dies auch keine Kommission flicken.»

test zurück. Sowieso sei die Kommission «von den übergeordneten Entscheidungsträgern nie wirklich ernst genommen worden», sagte Thomas Verdun (SVP). Sie hätte «keinerlei prozessablaufrelevante Kompetenz» gehabt, so Thomas Frey (BDP). Der spätere Gemeinderat Hans Peter Kohler (FDP) forderte im Namen der bürgerlichen Parteien eine PUK, um die «Falschaussagen der Könizer Exekutive» vertieft zu untersuchen. Obwohl die GPK die Untersuchung lieber selbst durchführen wollte, bestätigte das Parlament kurze Zeit später den Vorschlag des Parlamentsbüros zur Einsetzung einer speziellen Untersuchungskommission. Im Februar 2013 legte diese ihren Bericht vor. Darin wurde zwar nicht die Fehlinformation entschuldigt, sondern weiterhin von einem «schwerwiegenden Fehler» gesprochen, aber doch aufgezeigt, «wie schwierig die Rolle und die Limitation auch einer grossen Gemeinde wie Köniz in einem überregionalen Projekt sein kann.» (so Kommissionspräsident Hans Peter Kohler in der Parlamentssitzung). Es seien jedenfalls nicht «bewusst und mit dem Ziel, die Abstimmung im Parlament zu beeinflussen, Unwahrheiten gesagt worden. (...) Der Schatten der vorsätzlichen Täuschung (...) ist weg.»

Bekanntlich wurde der Gemeindegeld für die neue Tramlinie 10 dann zwar knapp vom Parlament an die Stimmberechtigten überwiesen, von diesen aber an der Urne versenkt. Gleichzeitig sprachen sich alle Instanzen aber mit grossem Mehr für die Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern aus.

Bei einem anderen Geschäft funktionierte das Vorgehen mit einer Spezialkommission wieder relativ gut: Die im Januar 2014 eingesetzte Spezialkommission zum «Primatwechsel in der Pensionskasse» brachte die Vorlage gegen diverse Änderungsanträge der SP und mit einem angenommenen Änderungsantrag von Grün/Mitte doch mit 29 zu 10 Stimmen durch. Die Stimmberechtigten bestätigten den eingeschlagenen Weg mit einer sehr grossen Zustimmung (74% Ja-Stimmen).

Auch die Ortsplanungsrevision sollte ab Januar 2017 – also erst in der letzten Phase, denn der erste Kredit passierte bereits 2008 das Parlament – durch eine Spezialkommission begleitet werden. Das von der Kommission vorberatene Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen wurde vom Parlament denn auch einstimmig beschlossen. Deutlich mehr Reibungen entstanden, als es auf die Schlussabstimmung zuzuging: Viele Bauern wehrten sich gegen die Ausweitung von Schutzzonen, und Hausbesitzer formierten sich wegen unklarer bzw. als ungerecht empfundener Mehrwertabschöpfungen durch die Gemeinde. Das Geschäft generierte im Lauf des Jahres 2017 auch mehrere parlamentarische Vorstösse. Schliesslich passierte die Vorlage im Mai 2018 in abgeschwächter Form problemlos das Parlament (35:1) und später die Volksabstimmung (78% Ja-Stimmen).

2004, Parlament: Mit dem Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung wechselt auch der Name des GGR. Er sollte in Zukunft schlicht und einfach «Parlament» heissen.





Auch von einer Spezialkommission begleitet: die Ortsplanungsrevision.

«Im Parlament herrschte über diese ganze Transformation mittlere Uneinigkeit. Während einige grundsätzlich gegen die Abschaffung von Kommissionen waren, weil sie diese als Bindeglied zwischen Politik und Volk wahrnahmen, verwiesen andere darauf, dass die Frage «Fachkommissionen: Ja oder Nein?» grundsätzlich geprüft werden sollte (...).»

Der Versuch mit einer «Kommission für soziale Fragen» (KSF) als einer ständigen Fachkommission neben der GPK scheiterte hingegen bereits nach einigen Jahren: Als 2003 die Fürsorgekommission abgeschafft und deren Kompetenzen auf den Gemeinderat bzw. auf den/die entsprechende/n Direktionsvorstehenden übertragen werden sollten, schlug eine bürgerliche GPK-Minderheit die Schaffung einer parlamentarischen Fachkommission «für soziale Fragen» vor, damit das Wissen erhalten und die Kontinuität gesichert werde. Denn gleichzeitig zur Abschaffung der Fürsorgekommission wechselte auch noch der Vorsteher der Sozialdirektion. Eine FDP-Motion doppelte im Juni 2004 nach und wurde mit grossem Mehr erheblich erklärt. Im Parlament herrschte über diese ganze Transformation mittlere Uneinigkeit. Während einige grundsätzlich gegen die Abschaffung von Kommissionen waren, weil sie diese als Bindeglied zwischen Politik und Volk wahrnahmen, verwiesen andere darauf, dass die Frage «Fachkommissionen: Ja oder Nein?» grundsätzlich geprüft werden sollte und dass genau dies ja im Rahmen des Projektes «Köniz 2005» geplant sei. Auch über die konkreten Aufgaben einer KSF bestand Unklarheit: Sollte sie im Sozialbereich die Arbeit der GPK übernehmen und diese entlasten? Sollte sie also auch die Parlamentsgeschäfte im sozialen Bereich vorprüfen?

Unklar war damals auch, welche Kompetenzen das Parlament im Sozialbereich überhaupt noch hatte. Als die KSF im Herbst 2004 mit einem eigenen Reglement doch eingesetzt wurde, erhielt sie den Auftrag, nach zwei Jahren über ihre Arbeit Bericht zu erstatten. Der entsprechende Bericht lag erst im Februar 2008 vor und vermochte die aufkeimenden Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Kommission nicht zu zerstreuen. Im September 2011 beantragten der Gemeinderat und die GPK dann die Aufhebung der KSF wegen «einer gewissen Doppelspurigkeit». Die ursprünglich initiiierende FDP hatte sich unentschieden. Hans Peter Kohler (FDP, späterer Sozialvorsteher) sprach aus, was viele dachten: «Die KSF hat, obschon sie prinzipiell über keine Kompetenzen verfügt, nichtsdestotrotz viel Wertvolles geleistet.» Trotzdem sei sie vielleicht «falsch aufgegleist worden». Sogar die Kommission selbst hatte ihre eigene Auflösung empfohlen. Interessanterweise beharrte jetzt die Ratslinke stärker auf der Beibehaltung der Kommission. Christian Roth (SP) beschrieb sein Dilemma so: «Die SP-Fraktion wird deshalb diesem Geschäft weder geschlossen zustimmen noch die KSF geschlossen abwählen und dabei ein wenig seufzen: «zwei Seelen wohnen ach! In meiner Brust». Mit einer klaren Mehrheit wurde die KSF dann trotz allem abgeschafft.

2010, Parlament: «köniz.fünf»: Nachdem die Gegenvorschläge zu zwei Initiativen von Parlament und Bevölkerung mit grossem Mehr angenommen worden sind, besteht der Gemeinderat neu aus fünf vollamtlichen Mitgliedern.



Sachpolitik ist Finanzpolitik: vom NPM zur abgelehnten Steuererhöhung

Was der Chronist des 75-Jahr-Jubiläumstexts für die Zeit nach 1934 beschrieben hat, gilt bis heute: «Die Verhandlungen drehten sich fast immer ums gleiche Thema: Geld. Der Bau von Schulhäusern, Strassen, Bachverbauungen und die Rechnung sowie der Voranschlag sind die ewig wiederkehrenden Aufgaben eines Parlaments.» Um das Jahr 2000 herum bahnte sich die Vorstellung der Steuerung des öffentlichen Haushalts über die Finanzen unter dem Namen «NPM» ihren Weg auch in Köniz. So verlangte im Jahr 2000 eine Motion der FDP die Einführung eines Produktebudgets anstelle des normalen Detailbudgets. Dass es sich dabei nicht um den ersten Gehversuch mit NPM handelte, zeigt das Votum des GP Henri Huber: «Köniz ist wohl weltweit die einzige Gemeinde, welche innert fünf Jahren das NPM einführt, abschafft und wieder einführt. Das soll uns zuerst mal jemand nachmachen. (...) Wir haben daraus gelernt und schlagen nunmehr ein einfaches System vor, das den heutigen Erkenntnissen entspricht und einfach, klar, und nicht bürokratisch ist. Die Geschichte ist voll von missglückten Reformbestrebungen.» Der GGR war einstimmig der Meinung, diese Richtung sei einzuschlagen. Im folgenden Jahr setzte er zur Begleitung dieser NPM-Bestrebungen nach einem vielseitig gelobten Informationsanlass zu den «Chancen und Gefahren der wirkungsorientierten Verwaltungsführung» eine 11-köpfige Spezialkommission mit dem Namen «Köniz 2005» und einen paritätischen Führungsausschuss ein. Nach sieben Kommissionssitzungen kam die entsprechende Revision der Gemeindeordnung dann im März 2004 ins Parlament. Der Kommissionspräsident Harald Henggi (FDP) war allerdings mit dem Verlauf der Arbeiten nicht glücklich, sie seien «nicht planmässig» verlaufen, und er frage sich, «wie ernst die Anliegen des Parlamentes und seiner Kommissionen denn genommen werden.» Schliesslich unterstützte das Parlament mit grossem Mehr eine Motion der Kommission zur Einführung einer «Integrierten Auf-

gaben- und Finanzplanung» und einer entsprechenden Revision der parlamentarischen Instrumente. Offenbar verlief die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Gemeinderat später immer besser.

Nach einem extra Weiterbildungsabend konnte das Parlament dann im August 2007 das frische IAFP-Reglement behandeln. In der Debatte wurde der Könizer IAFP mehrfach als «NPM-light» und als Speziallösung für Köniz bezeichnet. Valentin Lager (CVP) dazu: «Der IAFP «Marke Köniz» ist ein einzigartiges Ergebnis.» Hugo Staub (SP) sprach von einer «sehr innovativen Lösung» ohne «falschen Perfektionismus». Jan Remund (GFL) bezeichnete das neue Instrument als «Gratwanderung». Mark Stucki (FDP) betonte die «gesunde Distanz zum «NPM-Hype» der Neunzigerjahre.» Der GP Luc Mentha (SP) fasste zusammen: Es gehe darum, «an der Grenzlinie zwischen Legislative und Exekutive eine Feinjustierung vorzunehmen.» Die Auflösung der Kommission nach langjähriger Arbeit geschah dann nicht ganz ohne Wehmut.

Als dann im November 2007 der erste richtige IAFP vorlag, stellt Luc Mentha mit Freude fest, «dass Sie von diesem Instrument offenbar sehr angetan sind. Der neu präsentierte Gesamtüberblick ist auch für uns sehr interessant.» Der erste Antrag zu einem Planungsbeschluss der SP zum Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung wurde im November 2008 abgelehnt. Ohnehin wurde dieses neue, zum IAFP passende parlamentarische Instrument nur sehr selten eingesetzt.

Der schon im Voraus vereinbarte Evaluationsbericht über die neuen Instrumente gefiel im März 2011 im Parlament nicht allen. Philippe Guéra (BDP) zum Beispiel: «Man könnte auch hier von einem «Controlling very light» oder gar von einem «Controlling zero» sprechen.» Auch Mark Stucki (FDP) war über das Instrument des Planungsbeschlusses skeptischer als zuvor: «Ich habe den Verdacht, dass hier ein parlamentarisches Mittel geschaffen worden ist, das eine gar nicht existierende Lücke perfekt schliesst.»

2012, Gemeinde: Köniz wird mit dem Wakkerpreis des Schweizerischen Heimatschutzes ausgezeichnet.

«Ich habe den Verdacht, dass hier ein parlamentarisches Mittel geschaffen worden ist, das eine gar nicht existierende Lücke perfekt schliesst.»

Dass mit dem IAFP die finanzpolitischen Mitsprachebedürfnisse des Parlaments noch nicht vollständig erfüllt waren, zeigte sich im Februar 2011 an der Schaffung einer ständigen Finanzkommission (FIKO). Diese ging auf eine FDP-Motion zurück, wie Mark Stucki (FDP) betonte: «Es ist ein Kind, für welches wir Freisinnigen gerne die Vaterschaft in Anspruch nehmen. Der Gemeinderat ist die manchmal etwas widerstrebende Mutter, und das Parlament wirkt als Hebamme.» Ignaz Caminada (CVP) hoffte: «Was lange währt, könnte endlich gut werden.» Andreas Lanz (BDP) zeigte sich ebenfalls erfreut: «Heute, am Valentinstag, überreiche ich Gemeindepräsident Luc Mentha rhetorisch ein Sträusschen für das Reglement.»

Als erstes befasste sich die Finanzkommission mit dem so genannten «Stabilisierungsprogramm». Allerdings hatte der Gemeinderat die vorgeschlagenen Massnahmen bereits öffentlich kommuniziert, bevor er damit in die FIKO ging, was wiederum heftige Diskussionen auslöste. Als dann das Parlament im August 2011 von diesem Stabilisierungsprogramm Kenntnis nahm (17 zustimmend, 19 teilweise zustimmend), dankte der Finanzdirektor Luc Mentha für die «sehr gute Zusammenarbeit» mit der Finanzkommission. Die Zusammenarbeit entwickelte sich tatsächlich erfreulich, so dass der Voranschlag und das Budget fürs Jahr 2013 im Parlament einstimmig verabschiedet werden konnten. 2013 nahm sich die FIKO dann der Überarbeitung des IAFP an. Er sollte leserfreundlicher und schlanker werden. Christian Burren (SVP, FIKO-Präsident) dazu: «Er soll für uns Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier zu

einem guten Planungsinstrument werden, was er in der heutigen Version noch nicht ist.» Das Parlament beschloss dann die vorgeschlagenen Änderungen einstimmig.

Als sich in den Jahren ab 2016 die finanziellen Aussichten der Gemeinde zunehmend verdüsterten, erhielt die FIKO mehr und mehr eine zentrale Stellung. So begleitete sie eine erste Aufgabenüberprüfung für die Jahre 2016–2018 und später eine zweite für die Jahre ab 2020. Allerdings zeigte sich auch in der Finanzpolitik, dass eine parlamentarische Kommission nicht in der Lage ist, ein komplett gespaltenes Parlament zu vereinen. Die Finanz-Traktanden nahmen in den Parlamentssitzungen immer mehr Zeit in Anspruch, speziell dann, wenn ein Antrag für eine Steuererhöhung vorlag. Als diesbezüglicher vorläufiger Höhepunkt erscheint im Rückblick die Behandlung des Budgets 2017 im August 2016: Sie dauerte 3,5 Stunden und füllte 25 Seiten Protokoll. Trotzdem wurde die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuererhöhung abgelehnt. Darauf folgten diverse finanzpolitische Vorstösse, und das Budget 2018 konnte noch einmal ohne Steuererhöhung einstimmig beschlossen werden. Aber auch das Protokoll zum Traktandum «Budget 2019» im Folgejahr umfasste 18 Seiten. Trotz grossem Defizit entschloss sich das Parlament noch einmal entgegen dem Gemeinderatsantrag, die Steueranlage nicht zu erhöhen. Mit weiteren finanzpolitischen Vorstössen versuchten verschiedene Kräfte, Bewegung in die verfahrenere Situation zu bringen. Im September 2019 konnten sich dann alle Parteien ausser der FDP zu einem Kompromiss zusammenraufen, der eine Steuererhöhung

«Das Könizer Parlament hat den Ruf eines «netten» Parlaments. In der historischen Rückschau zeigt sich aber auch eine gewisse Lust am Machtspiel mit der Exekutive. Neben der sich über Jahrzehnte hinziehenden Regierungsreform fand dieses Spiel um die Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative auch auf diversen Nebenschauplätzen statt.»³

2017, Parlament: Das aktuelle Parlament wird gewählt. Die 40 Sitze verteilen sich auf acht Parteien. SP und Grüne sind mit 16 Sitzen vertreten, SVP und FDP mit 14 und die Mitteparteien glp, EVP, BDP und CVP teilen sich 10 Sitze.

«Der Gemeinderat und das Parlament üben zwar unterschiedliche Funktionen aus, sitzen aber eigentlich im gleichen Boot und haben das gleiche Ziel: Köniz soll eine lebenswerte, bürgernahe, nachhaltige, starke und solidarische Gemeinde bleiben.»

im Paket mit einer Korrektur auf der Aufgabenseite vorsah und bei dessen Erarbeitung die Finanzkommission eine wichtige Rolle gespielt hatte. Die Steuererhöhung scheiterte aber schliesslich in der Volksabstimmung deutlich. Das bedeutet unter anderem: Die Könizer Finanzpolitik und speziell die Steuerfrage bleiben umstritten und werden sich wohl weiter auf den Traktandenlisten der FIKO und des Parlaments tummeln.

Komplexität, Turbulenzen, Mut

Der Rückblick im Zeitraffer macht uns bewusst, wie komplex die politische Ausmarchung auch in einer an sich ruhig erscheinenden Gemeinde wie Köniz sein kann. Insgesamt scheinen Turbulenzen in der Atmosphäre der Könizer Gemeindepolitik zwar vorhanden, aber weitgehend überschaubar gewesen zu sein. Wie gut das Könizer Parlament in der Bevölkerung verankert ist, kann man nach jeder Gemeindeabstimmung neu diskutieren. Aber eine einzelne verlorene Abstimmung (wie kürzlich das Budget 2020 mit Steuererhöhung) muss nicht gleich entmutigen. Vielmehr sollten alle Beteiligten sich auf das Potenzial dieser Politmechanik besinnen, die über so lange Zeit Stabilität und breite Partizipation ermöglichte.

Der Gemeinderat und das Parlament üben zwar unterschiedliche Funktionen aus, sitzen aber eigentlich im gleichen Boot und haben das gleiche Ziel: Köniz soll eine lebenswerte, bürgernahe, nachhaltige, starke und solidarische Gemeinde bleiben. Um die bestehenden und kommenden Hürden zu überspringen, braucht es den Mut, mit den jeweils «anderen» zusammenzuarbeiten und sowohl in der Vertikalen – Gemeinderat/Parlament – wie auch in der Horizontalen – unter den Parteien – aufeinander zuzugehen. Die Geschichte der letzten 25 Jahre des Könizer Parlaments zeigt eindrücklich auf, dass wir die grossen Fortschritte nur durch konstruktive Zusammenarbeit erreichen können.

Markus Heinzer, politischer Berater und Projektleiter, Bern. Könizer Parlamentssekretär zwischen 2007 und 2010.

2020, Parlament: Die COVID-19-Pandemie zwingt das Parlament seine Entscheide – statt auf dem Schlossareal – in der Aula des Oberstufenzentrums Köniz zu fällen. Damit ist genügend Abstand und das Einhalten der Hygienemassnahmen möglich. Das Könizer Parlament ist hundert Jahre alt.



Quellen und Bildnachweis

Quellen Zeitstrahl

- ¹ Otto Büssard: Jubiläumsschrift «50 Jahre Grosser Gemeinderat Köniz 1920–1970»
- ² Matthis Burkhalter: Jubiläumsschrift «75 Jahre Grosser Gemeinderat Köniz 1920–1995»
- ³ Markus Heinzer: «Ein Rückblick auf die Geschichte der letzten 25 Jahre Könizer Parlament»

Allgemeine Quelle: Dubler, Anne-Marie: «Köniz (Gemeinde)»,
in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 28.10.2008.

Quelle Inhalt

- ⁴ <https://www.bernerzeitung.ch/region/frauen-an-der-spitze/story/16034222>

Bildnachweis

Fotografien Seiten 15 und 26: Monika Risse

Fotografie Seite 17: Daniel Bill

Alle restlichen Fotografien: Manuel Castellote, www.photography.manuele.ch

Impressum

Text & Redaktion: Dominique Bühler, Markus Heinzer, Cathrine Liechti, Arlette Mürger, Katja Niederhauser-Streiff,
Genc Qela, Casimir von Arx und Gemeinde Köniz, Fachstelle Parlament.

Layout & Konzept: Manuel Castellote SGD, www.manuele.ch

Lektorat: Christoph Bussard, www.gutesdeutsch.ch

Druck: Ast & Fischer AG, www.ast-fischer.ch

© 2020, Auflage 500 Exemplare

Fortsetzung folgt.

